

Ruf nach Stromtarif für Arbeitslose

Initiative fordert: Stadtwerke sollen Energiekosten für Hartz-IV-Empfänger senken - sonst werbe man für Konkurrenten. Zahl der Stromsperrungen ist hoch

Die Arbeitsloseninitiative Jobcenter-Watch (JW) fordert Hernes Stadtwerke-Chef Ulrich Koch in einem offenen Brief dazu auf, die Strompreise für Hartz-IV-Bezieher zu senken. Sofern die Stadttochter dieser Forderung nicht nachkomme, wolle man öffentlich Aufklärungsarbeit darüber leisten, wie Stromkunden zu preiswerteren Anbietern wechseln könnten, so die unverblühte Drohung.

JW-Sprecherin Kathrin Wißner verweist in dem Brief auf die jüngste Erhöhung der Energiepreise der Stadtwerke sowie die zu niedrigen Hartz-IV-Regelsätze für Energiekosten: „Eine Einzelperson erhält laut Hartz IV monatlich circa 35 Euro für Strom. Bei einer Grundgebühr von monatlich 10,55 Euro reicht der Rest pro Monat nicht für den Bedarf.“

Im Preisvergleich mit anderen Anbietern lägen die Strompreise der Stadtwerke „im höheren Level“. Gleichzeitig biete die Stadttochter über einen „Nachbar-Tarif“ in Nachbarstädten Strom zu niedrigeren Tarifen an, so Wißner.

Und was sagen die Stadtwerke zur Forderung der Arbeitsloseninitiative? „Wir sind keine Insel“, sagt Stadtwerke-Sprecherin Angelika Kurzawa. Sie stünden im Wettbewerb mit anderen Unternehmen. Bei einer Senkung der Preise für Hartz-IV-Empfänger müssten die Preise für andere Stromkunden erhöht werden, was wiederum vor allem Geringverdiener träfe.

„Es handelt sich hier um ein gesamtgesellschaftliches Problem, das wir nicht lösen können“, so Kurzawa auch unter Bezug auf die Höhe der Hartz-IV-Regelsätze. In einem Antwortbrief an die Initiative hätten sie die Situation ausführlich dargestellt und auch ein Gesprächsangebot unterbreitet.

Pilotprojekt mit Prepaid-Zählern

Zurück zum offenen Brief von Jobcenter-Watch: Die Initiative verweist darin auch auf einen WAZ-Bericht über die nach wie vor hohe Zahl von Stromsperrungen in Herne. Mit diesem Thema hat sich jüngst auch der Sozialausschuss auf Anfrage der Fraktion Piraten-Alternative Liste befasst. Die von den Stadtwerken zur Sitzung präsentierten Zahlen zeigen, dass Stromsperrungen in Herne - trotz der Anstrengungen aller Seiten - auf einem konstant hohen Niveau sind. Konkret: 1855 Sperrungen im Jahr 2015, 1795 in 2016, 1716 in 2017 und 1822 in 2018. Neben zu niedrigen Regelsätzen bei gestiegenen Strompreisen führen die Stadtwerke dies vor allem zurück auf die Zunahme der Überschuldung von Herner Haushalten.

1822 Sperrungen im vergangenen Jahr seien aber nicht gleichzusetzen mit 1822 Menschen, betonen die Stadtwerke. Bei vielen Betroffenen handele es sich um „Mehrfachschuldner“, bei denen alle zwei bis drei Monate eine Stromsperrung anstehe. Und: Bei einer Kontaktaufnahme durch die betroffenen Kunden lasse sich in vielen Fällen eine „für beide Seiten einvernehmliche Lösung“ finden.

Außerdem wollen die Stadtwerke 2019 in einem Pilotprojekt sogenannte Prepaid-Zähler

einbauen, um schon vor der Anhäufung von Stromschulden aktiv werden zu können. Vor fünf Jahren hatte das Herner Energieunternehmen ein solches Modell im Sozialausschuss noch verworfen. Damalige Begründung: Dieses System sei zu unwirtschaftlich für Stromanbieter.

Das sagen die Bundestagsabgeordneten:

Ist der Hartz IV-Regelsatz für Energie zu niedrig? Die Herner Bundestagsabgeordneten Michelle Müntefering (SPD) und Paul Ziemiak (CDU) bleiben darauf eine klare Antwort schuldig. Müntefering erklärt, dass die Ermittlung des Regelsatzes verfassungsgemäß sei. Sie betont aber, dass aufgrund des Verfahrens Kostenschwankungen erst rückwirkend abgedeckt werden könnten. Ziemiak weist darauf hin, dass die Zahl der realen Sperren deutlich unter jener der angedrohten Sperre liege. Aber: „Jede Sperre ist eine zuviel.“

Zur Frage nach neuen Initiativen ihrer Parteien gegen das Problem verweist Müntefering u.a. auf das von der SPD erarbeitete Bürgergeldkonzept, mit dem auf spezielle Bedarfe reagiert werden könne. Ziemiak betont, dass Energiearmut eine von vielen Armutsfolgen sei, die es zu bekämpfen gelte. Die Union habe u.a. zuletzt ein Gesetzespaket für Langzeitarbeitslose geschnürt.

Kommentar: Richtig und falsch

Der Vorstoß von Jobcenter-Watch ist richtig und falsch zugleich.

Der Vorstoß ist richtig, weil die Herner Initiative damit erneut auf einen eklatanten Misstand hinweist: Der Ansatz für die Stromkosten ist in Hartz IV, das ja das Existenzminimum abdecken soll, viel zu niedrig angesetzt.

Der Vorstoß ist falsch, weil er den falschen Adressaten hat. Nicht die Stadtwerke, die sich einem (immer härteren) Wettbewerb stellen müssen, sollten hier in die Pflicht genommen werden, sondern die Verantwortlichen im Bund, hier: CDU/CSU und SPD.
[loc]